WALTHER L. BERNECKER

VERGANGENHEITSDISKURSE IN SPANIEN ZWISCHEN VERDRÄNGUNG UND POLARISIERUNG

Erinnerungen haben nicht nur individuelle Funktionen. Im Anschluss an Maurice Halbwachs¹ und Jan Assmann² lässt sich vielmehr sagen, dass (kollektive) Erinnerungen vor allem eine soziale Funktion haben, insofern sie Gruppen zu einer Gemeinschaft machen können und Identitäten stiften. Vor allem Maurice Halbwachs hat darauf hingewiesen, dass eine Gesellschaft nie nur eine (kollektive) Erinnerung an die Vergangenheit hat: Die Erinnerung derer, die bestimmte Ereignisse miterlebten, unterscheidet sich von der Erinnerung jener Zeitgenossen, die diese Ereignisse erst später »erfahren« haben. Und selbst die Zeitzeugen haben, je nach ideologischem und lebensweltlichem Standpunkt, ganz unterschiedliche Erinnerungen an ein und dasselbe Ereignis. Somit kann man nicht von einer Erinnerung sprechen; die Rede muss vielmehr von Erinnerungen (im Plural) sein.

Auch in der spanischen Gesellschaft gibt es Platz für viele Erinnerungen. Dies gilt insbesondere für den Bürgerkrieg (1936–1939), seine Gründe und die Verantwortung für den Konflikt – unabhängig davon, dass sich nach Ende der franquistischen Diktatur (1975) die Deutung des Krieges als gesellschaftlicher Zusammenbruch, als brudermörderischer Krieg und nationale Tragödie, weitgehend durchsetzte. Wollte man nach 1975 zu einer nationalen Versöhnung kommen, dann lag es nahe, die problematischen Aspekte der Vergangenheit, über die keine übereinstimmende Meinung in der Gesellschaft herbeigeführt werden konnte, aus dem politischen Diskurs auszusparen. Schon in der Spätphase des Franquismus – dies haben repräsentative Umfragen ergeben – war eine Mehrheit der Spanier für einen Wandel hin zur Demokratie; wahrscheinlich war es dieselbe Mehrheit, die nach dem Tod des Diktators für ein Ausblenden der Vergangenheit aus dem politischen Diskurs plädierte und sich für einen politisch-gesellschaftlichen Neuanfang ohne gegenseitige Schuldaufrechnungen aussprach³.

Während eine Deutung den Mentalitätswandel in den 1960er und 1970er Jahren, der die Transition erst ermöglichte, mit der traumatischen Erinnerung an den Bürgerkrieg und dem weit verbreiteten Wunsch erklärt, eine Wieder-

¹ Maurice HALBWACHS, *La mémoire collective*, Paris 1997.

² Jan ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1997.

³ Zu dieser Deutung vgl. Manuel PÉREZ LEDESMA, *Memoria de la guerra, olvido del franquismo*, in: *Letra Internacional* 67 (2000), S. 34–39.

holung derartiger Erfahrungen zu vermeiden und daher Kompromissbereitschaft zu zeigen, verweist eine andere Interpretation auf einen angeblichen »Pakt des Schweigens« über Bürgerkrieg und Franquismus, der die zahlreichen Elemente der Kontinuität in der Transition erst ermöglichte. Erstere Deutung stellt eine überaus positive Sicht des Übergangsprozesses in die Demokratie dar, in dem die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen worden seien; letztere Interpretation führt den politischen Wandel auf jene Verschwörung des Schweigens der führenden Minderheiten zurück, die eine Verstümmelung des historischen Gedächtnisses und die bis heute andauernde Schwäche der demokratischen Kultur der Spanier zur Folge hatte⁴.

Seit einigen Jahren nun, somit rund 30 Jahre nach der Transition, findet in Spanien eine polarisierte und polarisierende Debatte über die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit von Bürgerkrieg und repressiver Diktatur statt. Um die Schärfe und bissige Polemik der politisch-ideologischen Positionskämpfe zu verstehen, bedarf es eines Blickes zurück, in die Zeit des Franquismus und die Anfangsjahre des Demokratisierungsprozesses nach Francos Tod⁵. Denn der spanische Fall unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von anderen europäischen Beispielen. Der Krieg, der den Kernbestand der zur Diskussion stehenden Erinnerungskultur darstellt, war in erster Linie ein Bürgerkrieg. Er wurde zwar von Anfang an internationalisiert, in seinem Ursprung und seiner

⁴ Die positive Deutung etwa (neben vielen anderen) bei Paloma AGUILAR, *Memoria y olvido de la guerra civil española*, Madrid 1996; die kritische bei Nicolás SARTORIUS, Javier ALFAYA, *La memoria insumisa. Sobre la dictadura de Franco*, Madrid 1999, oder bei Alberto Reig Tapia, *Memoria de la guerra civil. Los mitos de la tribu*, Madrid 1999. Unabhängig von diesen beiden Interpretationsrichtungen lässt sich wohl zweifelsfrei sagen, dass unmittelbar nach 1975 die Angst vor einem möglichen neuen Bürgerkrieg weit verbreitet war und sicherlich zu der allgemein akzeptierten Einstellung beitrug, Krieg und Repression nicht als politische Argumente einzusetzen, diese problematischen Phasen spanischer Geschichte vielmehr aus der öffentlichen Auseinandersetzung fern zu halten. Vgl. zu diesem Zusammenhang Alberto Reig TAPIA, *Cultura política y memoria histórica. El caso español*, in: Werner ALTMANN, Ursula VENCES (Hg.), *Por España y el mundo hispánico*, Berlin 2007, S. 143–165, bes. S. 148–154 (vgl. dort auch weiterführende Überlegungen zum Zusammenhang von – fehlender – Vergangenheitsaufarbeitung und politischer Kultur in Spanien).

⁵ Zum Wandel der kollektiven Erinnerung an die Opfer des Bürgerkriegs über die Generationen der Kriegsteilnehmer, der »Kinder des Krieges« und der »Enkel des Krieges« vgl. José Luis LEDESMA, Javier RODRIGO, *Caídos por España, mártires de la libertad. Víctimas y conmemoración de la Guerra Civil en la España posbélica (1939–2006)*, in: Ayer 63 (2006), S. 233–255. Die Autoren heben die unterschiedlichen Intensitäten der Erinnerung an die Opfer hervor: Während des Franquismus waren die »für Spanien Gefallenen«, somit die »nationalen« Opfer, im öffentlichen Raum omnipräsent, während die republikanischen Opfer dem Zwangsvergessen anheim gegeben wurden; in der postdiktatorischen Demokratisierungsphase lässt sich von »Unsichtbarkeit« der Opfer beider Seiten sprechen; in den letzten Jahren seit der Jahrtausendwende und der Öffnung der anonymen Massengräber beherrscht der Opferdiskurs der im Bürgerkrieg Unterlegenen (»Märtyrer der Freiheit«) die öffentlichen Debatten.

historischen Bedeutung war er aber ein primär innerspanischer Konflikt⁶. Dies ist bei jeder Betrachtung des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) zu berücksichtigen. Auf den Krieg folgte sodann kein politisches System, das die Aufarbeitung dieses Krieges ermöglicht oder gar gefördert hätte. Ganz im Gegenteil: Es folgte eine jahrzehntelange Diktatur (1939–1975), die eine brutale Repression ausübte und nur eine höchst einseitige Beschäftigung mit dem Krieg zuließ⁷. Toleriert wurde ausschließlich die Perspektive der Sieger. Als schließlich, nach dem Tod des Diktators (1975) und dem allmählichen Übergang in die Demokratie, die Sicht der Unterlegenen zum Tragen kommen konnte, ging die Erinnerung an den Krieg einher mit der Erinnerung an Diktatur und Unterdrückung. Diese Aspekte ließen und lassen sich nicht trennen⁸.

Franco-Regime und Erinnerungspolitik

Bevor im Folgenden auf die Geschichtspolitik und die Erinnerungsansprüche in der spanischen Demokratie eingegangen wird, soll einleitend kurz die Erinnerungsgeschichte des Bürgerkriegs in den knapp vierzig Jahren franquistischer Diktatur angesprochen werden, die oftmals eher einer Geschichte ihrer politischen Instrumentalisierung glich. Vergangenheit ist schon immer für politische Zwecke der Gegenwart in die Pflicht genommen worden. Erinnerung und die öffentliche Inszenierung von Erinnerung waren und sind somit eminent politisch. Die vollständige Niederlage der Republikaner 1939 führte zu einer ebenso totalen erinnerungspolitischen Neuorientierung. Traditionspflege hatte fortan aus der Sicht der Sieger zu erfolgen.

Erinnerungspolitik betrieben die Franquisten vom ersten Tag des Bürgerkrieges an. Sie bemächtigten sich sofort des öffentlichen Raums, eliminierten demokratische Symbole, änderten Straßen- und Ortsnamen, richteten Feierlichkeiten und Kundgebungen aus. Sie unternahmen vielfältige Anstrengungen, um durch symbolische Politik ihre Herrschaft zu legitimieren und das entstehende Regime zu stabilisieren. Von Anfang an und dann während der gesamten Franco-Ära versuchte das Regime durch *damnatio historiae*, jegliche historische Erinnerung, die sich nicht in die Tradition des Aufstandes

⁶ Vgl. Walther L. BERNECKER, *Krieg in Spanien 1936–1939*, Darmstadt 2005.

⁷ Zu den traumatischen Folgen des Bürgerkrieges und dem Terror der Nachkriegszeit vgl. (aus psychologisch-psychiatrischer Sicht) José María RUIZ-VARGAS, *Trauma y memoria de la Guerra Civil y de la dictadura franquista*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 6 (2006) (<http://hispanianova.rediris.es>).

⁸ Vgl. hierzu den letzten Überblick zur Bürgerkriegshistoriographie seit den 1940er Jahren bis heute bei Juan Andrés BLANCO RODRIGUEZ, *La historiografía de la Guerra Civil Española*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 7 (2007) (<http://hispanianova.rediris.es>).

vom 17./18. Juli 1936 einreihen ließ, auszuschalten: physisch durch Ermordung aller exponierten Kräfte der republikanischen Seite, politisch durch kompromisslose Machtaufteilung unter den Siegern, intellektuell durch Zensur und Verbote, propagandistisch durch einseitige Indoktrinerungen, kulturell durch Eliminierung der Symbole jenes angeblichen »Anti-Spanien«, das in zermürbender Langsamkeit drei Jahre lang bis zur bedingungslosen Kapitulation bekämpft worden war. Es ging den Siegern immer darum – mal direkt und brutal, mal vermittelt und subtil –, ihre Herrschaft in die Tradition einer weit zurückreichenden, glorreichen Vergangenheit einzuordnen und sich selbst in der historischen Kontinuität imperialer Großmachtpolitik zu präsentieren⁹.

Die Erinnerungspolitik umfasste Zeit und Raum gleichermaßen. Was die Zeit betrifft, begann das »nationale« Lager sogar eine neue Zeitrechnung: 1936 hieß »Erstes Triumphjahr« (*Primer Año Triunfal*), 1939 »Siegesjahr« (*Año de la Victoria*). Im Übrigen wurde ausführlich aus der Geschichte geschöpft, vor allem aus den Epochen, die als die Glanzzeit Spaniens gedeutet wurden: das ausgehende 15. Jahrhundert unter der Herrschaft der Katholischen Könige, sodann das imperiale 16. Jahrhundert mit Karl V. und Philipp II. als dominierenden Monarchen. Die folgenden Jahrhunderte der Dekadenz, vor allem auch das 19. Jahrhundert als Zeitalter des negativ gedeuteten Liberalismus, wurden weitgehend ausgeblendet.

Was den Raum betrifft, so ergriffen die neuen Machthaber von der Topographie symbolisch Besitz, indem die Namen von Orten, Straßen, Gebäuden, Institutionen geändert und mit neuen historisch-politischen Assoziationen versehen wurden. Der traditionelle Dom der Schutzheiligen Spaniens, der Virgen del Pilar in Saragossa, wurde zum »Heiligtum der Rasse«; die meisten Hauptstraßen erhielten die Namen *Avenida del Generalísimo* oder *Avenida de José Antonio Primo de Rivera*. Bei der Ritualisierung der politischen Erinnerung spielte die Kirche viele Jahre hindurch eine wichtige Rolle.

Die franquistische Erinnerungspolitik diente einem einzigen Zweck: das eigene Regime zu legitimieren, es als quasi selbstverständliche Konsequenz der Entwicklung in der Tradition der glorreichen spanischen Geschichte zu verankern, zugleich die Erinnerung an die Gegenseite – die Liberalen und die Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, Freimaurer und Juden... – auszulöschen.

⁹ Vgl. hierzu Walther L. BERNECKER, Sören BRINKMANN, *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2006*, Nettersheim 2006, S. 151–227. Zur Instrumentalisierung der »glorreichen Vergangenheit« und zur »Nostalgie des Reiches« im frühen Franquismus vgl. José Manuel RODRÍGUEZ, *Historia a la carta. El »glorioso pasado« en apoyo del régimen*, in: ALTMANN, VENCES (Hg.), *Por España y el mundo hispánico* (wie Anm. 4), S. 111–125.

Die Verdrängung der Geschichtserinnerung

Nach dem Ende der Franco-Ära konnte das Land erstaunlich schnell den Übergang in die Demokratie bewältigen. Während des Franquismus und danach war der Bürgerkrieg im politischen und historischen Diskurs stets obligater Bezugspunkt; kaum jemand versäumte es, auf den Ursprung des Franco-Regimes im Krieg hinzuweisen. Und der nach 1975 einsetzende Boom an Bürgerkriegsliteratur entsprach einem verbreiteten Bedürfnis in weiten Bevölkerungskreisen nach Information und Aufklärung, nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Geschichtsschreibung vielfach zur Legitimation des Siegerregimes instrumentalisiert worden war¹⁰.

Es stand zu erwarten, dass im demokratischen Spanien an den Jahrestagen des Bürgerkrieges verstärkte Aktivitäten stattfinden würden, um dem Informations- und Aufklärungsbedürfnis der Bürger nachzukommen. Die Jahrestage 1976/1979 fielen allerdings voll in die politisch aufgewühlte Transitionsphase; sowohl die Politiker als auch die Zivilgesellschaft mussten all ihre Energien auf die Bewältigung des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie konzentrieren. Als diese Gratwanderung erfolgreich abgeschlossen war und seit 1982 die Sozialistische Partei unangefochten regierte, bot der Jahrestag 1986 zum ersten Mal im redemokratisierten Spanien die Gelegenheit, ohne staatlich verordnete ideologische Vorgaben des Bürgerkriegsbeginns vor 50 Jahren zu gedenken. Zweifellos gab es 1986 auch öffentliche Veranstaltungen, die an den Bürgerkriegsbeginn erinnerten (während der Jahrestag des Kriegsendes 1989 praktisch unbeachtet verstrich); aber gemessen an der überragenden Bedeutung, die dieser Krieg für das Spanien der Gegenwart hat, hielten sich die Rückblicke eher in Grenzen. Die meisten Veranstaltungen waren ohnehin in die eher »entschärfte« Domäne der Historiker übergegangen. Denn darin waren sich nahezu alle politisch und wissenschaftlich Verantwortlichen einig: Keine erneuten Rechtfertigungen, sondern Erklärungen waren gefragt; nicht die ältere Generation, die den Krieg geführt hatte, sondern die jungen Akademiker, die ihn nur über Quellen und Literatur kannten, waren die Protagonisten der Veranstaltungen. Und auf diesen selbst wurde immer wieder mahnend dazu aufgefordert, »objektiv« und »historisch distanziert« zu argumentieren, da man doch über ein längst vergangenes Ereignis spreche, das seit langem schon Teil der »Geschichte« sei.

Ergebnis dieser Tagungen und Kongresse waren mehrere Sammelbände, die ein weitgehend ausgewogenes Bild des Bürgerkrieges präsentierten; verbreitete historische Zeitschriften (etwa »Historia 16«) und Tageszeitungen mit hohen Auflagen (»El País« u.a.) brachten vielfältige Bürgerkriegsbei-

¹⁰ Zur Transition vgl. Walther L. BERNECKER, *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1997, S. 213–232.

träge. Im Gegensatz zu diesen historiographischen Beiträgen ließ sich das »offizielle« Spanien so gut wie nicht vernehmen. Im Juni 1986, wenige Wochen vor dem eigentlichen Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns, standen Parlamentswahlen auf der politischen Tagesordnung, bei denen es für die regierende Sozialistische Partei um den Erhalt ihrer absoluten Mehrheit ging, und in dieser politisch heiklen Situation durften Wähler der Mitte und der gemäßigten Rechten nicht verunsichert oder gar verschreckt werden, indem öffentlich und über Massenmedien auf die Spaltung der spanischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren hingewiesen wurde. Damals war ja die Sozialistische Partei eindeutig auf dem linken Spektrum des politischen Lebens angesiedelt gewesen.

Die einzige Verlautbarung aus dem Moncloa-Palast – Ministerpräsident Felipe González verkündete sie als Regierungschef aller Spanier, nicht als Generalsekretär der Sozialistischen Partei – besagte, der Bürgerkrieg sei »kein Ereignis, dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte«. Inzwischen sei der Krieg jedoch »endgültig Geschichte, Teil der Erinnerung und der kollektiven Erfahrung der Spanier«; er sei »nicht mehr lebendig und präsent in der Realität eines Landes, dessen moralisches Gewissen letztlich auf den Prinzipien der Freiheit und der Toleranz basiert«¹¹.

Sicherlich sind derartige Äußerungen in Zusammenhang mit dem demokratischen Neuaufbau nach 1975 und dem Schlüsselwort beim Abbau der Diktatur zu sehen: *consenso*, Zusammenwirken aller. Die traumatische Erfahrung von Bürgerkrieg, brutalster Gewaltausübung und gesellschaftlicher Spaltung dürfte unausgesprochen den Hintergrund vieler Haltungen und Maßnahmen in der Übergangsphase zur Demokratie gebildet haben: für die Akzeptierung der Monarchie durch die republikanischen Sozialisten, für die gemäßigten Positionen der Kommunisten, für das Amnestiegesetz¹² von Oktober 1977, für das Zusammenwirken aller politischen Kräfte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Die neue Demokratie sollte nicht von einem Teil gegen den Willen des anderen, sondern möglichst unter Mitwirkung aller

¹¹ »Una guerra civil no es un acontecimiento conmemorable«, afirma el Gobierno, in: El País vom 18.7.1986, S. 17.

¹² Zur Entstehung und Bedeutung des Amnestiegesetzes von Oktober 1977 vgl. ausführlich Santos JULIA, Memoria, historia y política de un pasado de guerra y dictadura, in: DERS. (Hg.), Memoria de la guerra y del franquismo, Madrid 2006, S. 27–77; zur Kritik am Amnestiegesetz als »Verhinderung« der »Weiterentwicklung Spaniens zu einer fortschrittlichen Demokratie« vgl. die Stellungnahme des Präsidenten des Foro por la Memoria, José María PEDREÑO, Recuperar la memoria es luchar por la III República, in: <http://www.nodo50.org/foroporlamemoria>. Zum Gesamtzusammenhang vgl. neuerdings Sören BRINKMANN, Die Wiedergewinnung der »historischen Erinnerung«. Zwischen staatlicher Nichterfüllung und politischer Instrumentalisierung. Ende des Schweigens – Ende der Versöhnung?, in: ALTMANN, VENCES (Hg.), Por España y el mundo hispánico (wie Anm. 4), S. 175–192.

politischen Lager aufgebaut werden. Voraussetzung hierfür aber war die Wiederversöhnung aller ehemals verfeindeten Lager. Nicht alte, noch ausstehende Rechnungen sollten beglichen, sondern ein endgültiger Schlussstrich unter die Kämpfe und Feindschaften der Vergangenheit gezogen werden. Dieser Wunsch nach Aussöhnung und die Angst davor, alt-neue, nicht verheilte Wunden wieder aufzureißen, mögen die regierenden Sozialisten – die zu den Hauptverlierern des Bürgerkrieges gehörten! – mitbewogen haben, den Jahrestag 1986 offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, ja: zu verdrängen, und außerdem politisches Verständnis für die ehemals gegnerische Seite zu zeigen. Weiter heißt es nämlich in der Moncloa-Erklärung, die Regierung wolle »die Erinnerung an all jene ehren und hochhalten, die jederzeit mit ihrer Anstrengung – und viele mit ihrem Leben – zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie in Spanien beigetragen haben«; zugleich gedenke sie »respektvoll jener, die – von anderen Positionen aus als denen des demokratischen Spanien – für eine andere Gesellschaft kämpften, für die viele auch ihr Leben opferten«. Die Regierung hoffe, dass »aus keinem Grund und keinem Anlass das Gespenst des Krieges und des Hasses jemals wieder unser Land heimsuche, unser Bewusstsein verdunkle und unsere Freiheit zerstöre. Deshalb äußert die Regierung auch ihren Wunsch, dass der 50. Jahrestag des Bürgerkrieges endgültig die Wiederversöhnung der Spanier besiegle«.

Die bis 1996 regierenden Sozialisten griffen auf die Erblast der Angst als Folge des Krieges zurück, um ihre politische Vorsicht abzusichern, um keine radikalen Veränderungen vorzunehmen, die möglicherweise die Stabilität des Systems gefährden könnten. Die in Spanien nach 1975 relativ schnell erreichte Stabilität hatte ihren politischen und moralischen Preis, der sozialpolitische Friede musste erkaufte werden¹³. Das Überleben des franquistischen Symbolsystems erinnerte daran, dass die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet wurde und schließlich zur Transition führte.

Die Tatsache, dass es keinen klaren demokratischen Bruch mit der franquistischen Diktatur gab, hat einen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die von Pierre Nora »Orte des Gedächtnisses« genannt werden¹⁴. Die *transición* stellte eine Art Ehrenabkommen dar, durch das die Kompensation der Franquisten für die Übergabe der Macht in der Praktizierung einer kollektiven Amnesie erfolgte. Dies gilt nicht nur für die konservativen Übergangsregierungen der Jahre 1977–1982; dies ist nicht weniger gültig für den Partido Socialista Obrero Español (PSOE): Mit ihrer Geschichtslosigkeit setzte die spanische Sozialdemokratie den in der Franco-Zeit erzwungenen Gedäch-

¹³ Vgl. Gregorio MORÁN, *El precio de la transición*, Barcelona 1991.

¹⁴ Vgl. Pierre NORA (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Paris 1984.

nisverlust des Volkes fort. In beiden Fällen diene die Marginalisierung und Verdrängung von Geschichte der Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse.

Ein weiterer wichtiger Grund für die offizielle Verdrängung des Bürgerkrieges dürfte in dem ideologischen Konsens gelegen haben, der in den Jahren der Transition und des darauf folgenden ökonomischen Aufschwungs die spanische Gesellschaft bestimmte und der auf die Begriffe Modernisierung und Europäisierung gebracht werden kann. Hintergrund der Fortschrittsgläubigkeit, des extrovertierten Konsumrausches und der ungezügelten Europa-Euphorie jener Phase war ein tief sitzender Minderwertigkeitskomplex gerade in Bezug auf diesen Fortschritt und dieses Europa, von dem das Franco-Regime sich zuerst bewusst abgekoppelt hatte (»Spanien ist anders«) und von dem es zuletzt aus politischen und ökonomischen Gründen fern gehalten worden war. Philosophen, Schriftsteller und Politiker haben sich immer wieder die Frage nach den Gründen für Spaniens »Rückständigkeit« gestellt. Der Bürgerkrieg gilt in dieser Debatte als das historische Ereignis, durch das die Rückständigkeit der Spanier am klarsten zum Ausdruck kam, der Schlusspunkt in einer ganzen Reihe fehlgeschlagener Modernisierungsversuche.

Die Folge des Bürgerkrieges, die Installierung des Franco-Regimes, führte nach 1945 zum Ausschluss Spaniens aus der internationalen Staatengemeinschaft, zur Ächtung und zum wirtschaftlichen Boykott. Minderwertigkeit, Isolierung und Spaltung in Sieger und Besiegte wurden in Spanien mit dem Bürgerkrieg und seinen Folgen assoziiert. Die Öffnung des Landes zur Demokratie, zu Fortschritt und zu Europa war eine bewusste Abkoppelung von dieser unerwünschten Vergangenheit.

In nahezu allen Kommentaren über das Bewusstsein der spanischen Bevölkerung in Bezug auf den Bürgerkrieg wurde in den achtziger Jahren auf die Indifferenz vor allem der Jugend gegenüber der jüngsten Vergangenheit hingewiesen. Amtliche Stellen zeigten ein auffälliges Desinteresse, diesen Zustand zu ändern: König und Regierung sprachen vor allem von Wiederveröhnung, staatliche Instanzen predigten unaufhörlich das Thema Europa. Im Jahr 1986 beging Spanien nicht nur den 50. Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns; es war auch das Jahr, in dem das Land Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaften wurde und sich endgültig für den Verbleib in der NATO entschied. Hatte der Bürgerkrieg den (erneuten) Beginn eines historischen »Sonderwegs« markiert, so stellte spätestens das Jahr 1986 die Rückkehr Spaniens zur europäischen »Normalität« dar.

Sicher hing die Geschichtslosigkeit der jüngeren Generationen auch mit der jahrzehntelangen Instrumentalisierung von Geschichte im Franquismus zusammen, die im Nach-Franquismus in Gleichgültigkeit oder sogar in Ablehnung umschlug. In diesem Zusammenhang verdienen die Überlegungen des Philosophen José Luis L. Aranguren referiert zu werden, der davon sprach, dass die nachfranquistische Gesellschaft Spaniens eine neue Bezie-

hung zu ihrer Geschichte eingegangen sei, dass sie keine Dogmen mehr übernommen habe, sich von der Vergangenheit distanzieren (im Gegensatz zur früheren Identifizierung) und in ihrer kollektiven Erinnerung eine Wende vollzogen habe¹⁵. Diese »historische Mutation« hänge damit zusammen, dass die Spanier früher vom Gewicht eines »Volkes mit Universalgeschichte« erdrückt worden seien.

Die vorherrschende spanische Kultur war zu Beginn der Neuzeit, im literarisch glänzenden *Siglo de Oro*, eine Kultur der Gegenreformation, später dann eine Kultur der Antimodernität. Der Franquismus kann als letzter Versuch betrachtet werden, zumindest in seiner Frühphase sich in diese Tradition der Antimodernität einzureihen. Die »prämodernen« Kulturelemente gingen in der Spätphase des Franquismus, seit dem Wirtschaftsboom der sechziger Jahre, rapide verloren. Der Verlust erzeugte nicht so sehr einen expliziten Anti-Franquismus als vielmehr einen Nicht-Franquismus, eine Skepsis gegenüber der Politik, die zwar in den ersten Jahren nach 1975 einem bewussten Engagement wich, sehr schnell jedoch wieder zur distanzierten Skepsis wurde, als die Hauptziele des friedlichen Wandlungsprozesses – die Sicherung der Demokratie und eine Übertragung der Macht an die linke Mitte – erreicht zu sein schienen.

Auf der Grundlage derartiger Überlegungen könnte es für das offizielle Verdrängen des Bürgerkrieges und das äußerst laxen Umgehen mit den franquistischen Symbolen im Übergangsprozess in die Demokratie somit auch eine weit einfachere als die politisch-ideologische Erklärung geben: Es stellt sich die Frage, ob die vom Franquismus propagierten Werte in der spanischen Gesellschaft überhaupt je Fuß gefasst haben, ob die Symbole und die Ästhetik des Regimes mehr als resigniert-unbeachtet hingenommene Oberflächensymptome waren. Die Ideologie des Regimes – wenn es sie denn je gegeben hat – war spätestens seit dem Ende der fünfziger Jahre einem steten Auflösungsprozess unterworfen gewesen; in den Schlussjahren der Diktatur war sie praktisch inexistent. Eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dieser Ideologie, mit den Symbolen und den äußeren Merkmalen des franquistischen Regimes war nach 1975 deshalb nicht nötig; es handelte sich ohnehin nur noch um inhaltsleere Hüllen, die kaum jemand mehr ernst nahm. Auch das erklärt die Art, wie die spanische Gesellschaft lange Zeit mit ihrer diktatorischen Vergangenheit umging. Sie betrachtete sie als überlebt und gab sie dem Vergessen anheim.

Über den Bürgerkrieg, noch mehr sogar über die ersten Jahre der Franco-Ära, legte sich zumindest im politischen Diskurs für längere Zeit eine Decke des gesellschaftlichen Schweigens; wahrscheinlich erachteten es die Demokratisierungs-Generationen nicht für ratsam, auf eine derart konflikt-

¹⁵ José Luis L. ARANGUREN, Por qué nunca más, in: Ramón TAMAMES (Hg.), La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después, Barcelona 1986, S. 171–184.

beladene Epoche zurückzublicken. Auf dem Altar der Ausgleichsmentalität wurden auch jene Gedenkveranstaltungen geopfert, die viele von der Regierung 1986 bzw. 1989 oder auch 1996 erwartet hatten. Stattdessen lautete die offizielle, nach beiden Seiten hin gleichermaßen abgesicherte Parole: »Nie wieder!« Der Bürgerkrieg wurde als »Tragödie« bewertet, als Krise, die den Zusammenbruch aller Werte des Zusammenlebens heraufbeschwor; nicht von den Gründen und Verantwortlichkeiten für diese Tragödie war die Rede, sondern von den Folgen der »tragischen Krise«.

Zwischen Erinnern und Vergessen: Das Spanien der Republik

Nach dem Tod des Diktators war die Amnestiefrage rasch zu einem Hauptanliegen der Opposition und deren Lösung zugleich zur politischen Bewährungsprobe für das Regierungslager geworden. Die Forderung nach einer umfassenden Amnestie wurde gleichsam zum Kristallisationspunkt für alle Veränderungswünsche. Da die Amnestie sich auf die Taten beider Seiten erstreckte und deren symbolische Bedeutung als Haupttakt der nationalen Versöhnung nicht gefährdet werden sollte, durften keine einseitigen Schuldzuweisungen erfolgen. Das gesamte politische Spektrum bekannte sich zu einer »Amnestie aller für alle« – so der baskische Nationalist Xavier Arzallus –, die ein besonders leidvolles Kapitel der spanischen Geschichte besiegeln und die Grundlage für einen Neuanfang legen sollte.¹⁶

Bilanziert man diesen vergangenheitspolitischen Schlusstrich im Lichte der Bürgerkriegskategorien, so kann die Versöhnungsrhetorik nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Lager der »Verlierer« insgesamt einen deutlich höheren Preis für die Wiedergewinnung der Demokratie zu zahlen hatte. Denn zur Niederlage im Krieg und deren unmittelbaren Folgen gesellte sich in der Regel die politische und sozialökonomische Diskriminierung von knapp 40 Jahren Diktatur.

Die offizielle Anerkennung der einstigen Verlierer als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft war jedoch nicht allein mit juristischen Mitteln zu bewerkstelligen. Vielmehr galt es auch, das einst unterlegene Spanien in seiner Identität ernst zu nehmen und dessen besondere Geschichte als einen integralen Bestandteil der, wenn man so will, »nationalgeschichtlichen« Erfahrung zu begreifen. Die Wiederaufnahme der Republikaner in den Schoß der postfranquistischen Gesellschaft stand somit offenkundig unter der Bedingung, die Kämpfe von gestern und selbst die Erinnerung daran im Exil zu lassen. Und wer hierzu nicht bereit war, blieb letztlich außerhalb des politischen Konsenses.

¹⁶ Zur Amnestie nach 1975 vgl. AGUILAR, *Memoria y olvido* (wie Anm. 4).

Über diesen Verzicht auf Erinnerung wird bis heute spekuliert, und manche Kritiker sehen hier anstelle von kluger Zurückhaltung im Interesse von Freiheit und Demokratie eher die verbreitete Furcht der Opposition vor dem alten Establishment am Werke. Nicht zufällig ist daher in der Rückschau oftmals von einem »Pakt des Schweigens« der Eliten, gar von »kollektiver Amnesie« die Rede gewesen. Dagegen hat der Historiker Santos Juliá klargestellt, dass die Vergessensrhetorik der Transition keineswegs mit einem praktizierten Beschweigen der Vergangenheit gleichgesetzt werden kann. Denn die politische Öffentlichkeit redete und erinnerte sich tatsächlich unermüdlich, wenn auch die Art dieser Erinnerungsrhetorik vor allem darauf abzielte, den Bürgerkrieg und seine Folgen von der politischen Debatte fern zu halten¹⁷. Was heute wie ein Verzicht auf Erinnerung erscheinen mag, war der letztlich erfolgreiche Versuch, die explosive Wirkungsmacht der Vergangenheit rhetorisch zu neutralisieren.

Charakteristisch hierfür waren Distanzierungsstrategien, mit denen die traumatische Erfahrung der dreißiger Jahre in möglichst weite Ferne zur Gegenwart geschoben wurde. Der erste Schritt mentaler Distanzierung war bereits mit der Anerkennung des Krieges als »Bruderkrieg« und »nationale Tragödie« erfolgt. Die Kollektivschuldthese verhinderte nicht nur die späte Aufrechnung politischer Verbrechen, sondern auch die öffentliche Anerkennung der Tatsache, dass die politische Repression auf franquistischer Seite bedeutend mehr Opfer gefordert hatte. Politischer Mord, Unterdrückung, Exil und Zwangsarbeit, kurzum, die Leidensgeschichte des republikanischen Lagers verwandelte sich so in einen hochsensiblen Sperrbereich des öffentlichen Diskurses, der nur selten betreten wurde.

Zur Repolitisierung der Vergangenheit in der Regierungszeit der Konservativen

Auf die lange Regierungszeit der Sozialisten folgte 1996 der Wahlsieg des konservativen Partido Popular, dessen Vorsitzender José María Aznar vier

¹⁷ Vgl. Santos JULIÁ, *Echar al olvido. Memoria y amnistía en la transición*, in: *Claves de razón práctica* 129 (2002), S. 21f. Vgl. auch DERS. (Hg.), *Memoria de la Guerra y del Franquismo*, Madrid 2006. Die Haltung von Santos Juliá, der seit Jahren die These eines »Pakts des Schweigens« bestreitet und immer wieder behauptet, seit der Transition sei ausführlich über alle Aspekte des Bürgerkriegs (einschließlich der massiven Repression im Krieg und in der Nachkriegszeit) debattiert und geschrieben worden, wird heftig kritisiert von Francisco ESPINOSA MAESTRE, *De salvaciones y olvidos. Reflexiones en torno a un pasado que no puede pasar*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 7 (2007) (<http://hispanianova.rediris.es>), der mit Nachdruck die Geschichtsvergessenheit der Transition und die fehlende Aufarbeitung der repressiven Vergangenheit hervorhebt.

Jahre lang einer Minderheitsregierung vorstehen und weitere vier Jahre mit absoluter Mehrheit regieren sollte. Das neue Selbstbewusstsein der Rechten, das proportional zur Krise der Sozialisten im Verlauf der neunziger Jahre gestiegen war, sollte nicht ohne Folgen für die Geschichtspolitik insgesamt und den Blick auf die jüngste Vergangenheit im Besonderen bleiben. Sichtbar wurde dies allerdings erst mittelfristig. Als neu erwiesen sich zunächst der Nachdruck und die Lautstärke, mit der eine ultrakonservativ aufgeladene Vergangenheitsdeutung zu dieser Zeit in die politische Öffentlichkeit drängte. Dabei ging es nicht nur um Teilaspekte, sondern letztlich um die Deutungshoheit über den Bürgerkrieg insgesamt.

Getarnt als Kampf gegen die vermeintliche Usurpation der Geschichte des Bürgerkrieges durch die Linke, zielte eine revisionistische, neo-franquistische Rechte mit ihren Arbeiten praktisch auf die Gesamtheit der universitär verankerten kritischen Gesellschaftsgeschichte. Als Antwort auf das von zahllosen Einzelstudien geformte fachhistorische Bild des Bürgerkrieges warteten die Revisionisten mit mehreren Titeln auf, deren generelle Tendenz in der Minimierung der Verantwortlichkeiten der Aufständischen lag, während die Handlungen des gegnerischen Lagers regelmäßig zu einem apokalyptischen Schreckbild gesteigert wurden¹⁸. Zentraler Fluchtpunkt war hierbei stets die so genannte Oktoberrevolution von 1934, jener Aufstandsversuch, der wie kein anderes Ereignis der kurzen republikanischen Phase die mangelnde Republiktreue der Linken belegen sollte. Und indem man den Ausbruch des Bürgerkrieges gleichsam auf diese Ereignisse vordatierte, avancierte der 18. Juli 1936 zu einer Aktion konterrevolutionärer Selbstverteidigung¹⁹.

Hatte der 50. Jahrestag noch ganz im Zeichen fachhistorischer Eintracht gestanden, so kündigte sich also zehn Jahre später das Wiederaufleben ideologisch verzerrter Vergangenheitsdeutungen und damit auch das Ende der in der Transition geübten geschichtspolitischen Zurückhaltung an.

1999 legten die damaligen Oppositionsparteien einen gemeinsamen Gesetzesentwurf vor, mit dem 60 Jahre nach Kriegsende das Andenken der Bürgerkriegs-

¹⁸ Der bekannteste dieser Revisionisten ist Pío Moa, dessen zahlreiche Werke über den Bürgerkrieg zu Bestsellern wurden. Vgl. (als kleine Auswahl) Pío MOA, *Contra la mentira. Guerra civil, izquierda, nacionalistas y jacobinismo*, Madrid 2003; DERS., *Los crímenes de la guerra civil y otras polémicas*, Madrid 2004; DERS., *Una historia chocante. Los nacionalismos vasco y catalán en la Historia Contemporánea de España*, Madrid 2004; DERS., *Los mitos de la guerra civil*, Madrid 2003. Eine radikale Abrechnung mit Moa ist Alberto REIG TAPIA, *Anti Moa*, Barcelona 2006; vgl. auch, als Decouvrierung zahlreicher Mythen der Rechten zum Bürgerkrieg, DERS., *La Cruzada de 1936. Mito y memoria*, Madrid 2006. Eine kritische Einordnung des historiographischen »Revisionismus« und insbesondere des Werkes von Pío Moa findet sich bei Javier RODRIGO, *Los mitos de la derecha historiográfica. Sobre la memoria de la guerra civil y el revisionismo a la española*, in: *Historia del Presente* 3 (2004), S. 185–195.

¹⁹ Als Beispiel für viele vgl. Pío MOA, 1934: *Comienza la guerra civil. El PSOE y la Izquierda emprenden la contienda*, Madrid 2004.

exilanten geehrt und Gelder für Entschädigungszahlungen bereitgestellt werden sollten. Neben dieser Würdigung des Exils zielte der Gesetzesentwurf aber auch auf eine »offizielle« Neubewertung der Kriegsschuldfrage, insofern diese erstmals auf die Verantwortlichen jenes »faschistischen Militärputsches gegen die republikanische Legalität« zugespielt wurde. Damit aber verabschiedete sich der Text von der bis dahin gültigen Sprachregelung des offiziellen Spanien, die eine auf beide Lager gleichmäßig verteilte Kollektivschuld unterstellte. Im Regierungslager war man keineswegs bereit, sich der neuen Sicht der Dinge anzuschließen. Zwar erklärten sich die Konservativen mit einem eigenen Vorschlag bereit, die Ehrung der »Opfer« zu unterstützen. Bürgerkrieg und Diktatur aber seien »überwundene Perioden«, deren Ursachen nicht zur politischen Debatte stehen dürften²⁰.

In ihrer zweiten Legislaturperiode sahen die Konservativen sich sodann mit zahlreichen Anträgen und Initiativen der linken Opposition konfrontiert. Diese »entdeckte« in der Frage der Vergangenheitspolitik plötzlich eine neue politische Arena: In regelmäßigen Abständen legten Sozialisten und »Vereinigte Linke« von nun an Gesetzesinitiativen vor, die mit der Forderung nach Rehabilitation und Entschädigung nacheinander die verschiedenen Opfergruppen der Franco-Diktatur ins Spiel brachten. Mehr als der Sache selbst diente diese als Feldzug »gegen das Vergessen« deklarierte Kampagne aber wohl dazu, den moralischen Druck auf die Regierung zu erhöhen und diese zum Schwur zu zwingen²¹.

Die Aussichten auf eine staatliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten blieben zunächst gering, zumal alle Umfragen für die im März 2004 anstehenden Parlamentswahlen eine Bestätigung der Konservativen im Amt voraussagten. Bekanntlich waren es dann aber die Madrider Terroranschläge vom 11. März, in deren Folge das politische Meinungsbild im Lande in kürzester Zeit umstürzte und die oppositionellen Sozialisten unverhofft den Sieg davontragen konnten. Dieses unerwartete Ergebnis weckte auf Seiten der Bürgerinitiativen berechtigte Hoffnungen, denn nach dem parlamentarischen Engagement in Sachen Vergangenheit in den vorangegangenen Monaten stand der PSOE nun moralisch in der Pflicht.

²⁰ Carsten HUMLEBÆK, Usos políticos del pasado reciente durante los años de gobierno del PP, in: *Historia del Presente* 3 (2004), S. 161.

²¹ Zu den parlamentarischen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten um die Jahrtausendwende vgl. Sören BRINKMANN, Die Wiedergewinnung der »historischen Erinnerung«. Zwischen staatlicher Nichterfüllung und politischer Instrumentalisierung. Ende des Schweigens – Ende der Versöhnung?, in: ALTMANN, VENCES (Hg.), *Por España y el mundo hispánico* (wie Anm. 4), S. 175–192.

Die Mobilisierung kollektiver Erinnerung um die Jahrtausendwende

Im Spanien der Jahrtausendwende war die zeitliche Parallelität eines plötzlich wachsenden gesellschaftlichen Engagements zu beobachten, das im Zusammenspiel mit verschiedenen politischen Akteuren den öffentlichen Umgang mit der Bürgerkriegserinnerung nachhaltig verändert hat. Sucht man auf zivilgesellschaftlicher Ebene nach einem Ausgangspunkt, so fällt der Blick rasch auf den aus León stammenden Lokalreporter Emilio Silva. Anfang 2000 hatte sich dieser auf die Suche nach den sterblichen Überresten seines im Bürgerkrieg verschollenen Großvaters begeben und damit ganz unverhofft einen Stein ins Rollen gebracht²². Ein Artikel zu seinem Vorhaben, publiziert in einer Lokalzeitung, löste unerwartete Hilfsbereitschaft aus. Zeitzeugen meldeten sich zu Wort, und Archäologen und Gerichtsmediziner boten ihre Hilfe an. Rasch formierte sich eine lokale Bürgerinitiative, die unter dem Namen *Asociación para la recuperación de la memoria histórica* (Verein zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung) bald darauf zur Tat schritt. Noch im Herbst desselben Jahres kam es so – nach einer Unterbrechung von rund zwanzig Jahren – im leonesischen Priaranza del Bierzo im Nordwesten Spaniens zur Öffnung erster Bürgerkriegsgräber.

Die Exhumierungen von León hatten für das ganze Land eine überraschende Signalwirkung: 25 Jahre nach dem Tod des Diktators rückte plötzlich die Frage nach den *desaparecidos*, den Verschwundenen des Krieges, ins öffentliche Bewusstsein. Wie selbstverständlich wurde eines der düstersten Kapitel der Zeitgeschichte aufgeschlagen, namentlich jenes der teils spontanen, teils systematischen Gewaltexzesse und Hinrichtungen, die zu Kriegsbeginn und danach auf beiden Seiten der Front durch Städte und Dörfer fegten²³. Ein jahrelang verborgenes Wissen um die in Straßengräben sowie auf Äckern und Feldern verscharften Opfer des »nationalen« Lagers brach sich Bahn, und rasch machte die Zahl von 30 000 nicht identifizierten Toten die Runde. Von León ausgehend breitete sich die Bewegung mittels

²² Vgl. Emilio SILVA, Santiago MACÍAS, *Las fosas de Franco. Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas*, Madrid 2003.

²³ Zu den unkontrollierten Morden auf beiden Seiten zu Beginn des Bürgerkriegs und zu der unterschiedlichen »Qualität« der Verbrechen vgl. Francisco ESPINOSA MAESTRE, *La memoria de la represión y la lucha por su reconocimiento. (En torno a la creación de la Comisión Interministerial)*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 6 (2006) (<http://hispanianova.rediris.es>). Obwohl in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem über den franquistischen Terror geforscht und publiziert worden ist, hat auch die Repression in der republikanischen Zone viel Literatur hervorgebracht, die zumeist die republikanische mit der »nationalistischen« Gewalt vergleicht. Zur historischen Einordnung und Bewertung dieser Geschichtswerke vgl. José Luis LEDESMA, *El 1936 más opaco: las violencias en la zona republicana durante la guerra civil y sus narrativas*, in: *Historia Social* 58 (2007), S. 151–168 (dort auch ausführliche bibliographische Hinweise auf Literatur zum »republikanischen Terror«).

zahlreicher lokaler Initiativen über das ganze Land aus. So zählt die Asociación para la recuperación de la memoria histórica mittlerweile neun regionale Arbeitsgruppen. Darüber hinaus ist eine kaum mehr überschaubare Anzahl weiterer, lokal oder regional verankerter Vereine und Bürgerinitiativen auf den Plan getreten, die – zumeist über das Internet vermittelt – die Interessen von Opfern und Angehörigen vertreten und sich an der Suche nach den Verschwundenen beteiligen. Schon bald folgten daher auch in anderen Regionen Exhumierungen²⁴.

Die Vergangenheit drängte auch über andere Kanäle in die Öffentlichkeit. Eine geradezu modische Begeisterung entfaltete sich in der Fachwissenschaft, wo man den inhaltlichen Fokus um all jene Bereiche der republikanischen Geschichte erweiterte, die bisher nur geringe Aufmerksamkeit erhalten hatten. Das größte Interesse aber erregt nach wie vor die franquistische Repression, deren Grausamkeit und Systematik seither bis in die letzten Winkel hinein ausgeleuchtet wird²⁵.

Noch in einem anderen Sinne spielte die Erinnerungskultur eine herausragende, öffentliche Rolle. Denn zur Jahrtausendwende waren die metallenen Zeugnisse der Führerverehrung nach wie vor präsent. In Gestalt großer Reiterstandbilder sowie mehrerer Statuen und Bronzebüsten war der Caudillo zu diesem Zeitpunkt auf einigen städtischen Plätzen und Straßen noch immer gegenwärtig. Weniger auffällig, aber noch deutlich weiter verbreitet ist außerdem der Namenskanon von Mitstreitern und Kriegsschauplätzen aus dem Bürgerkrieg, der bis heute das Straßenregister unzähliger Städte und Ortschaften schmückt. Eine quantitative Erhebung zur franquistischen Straßennomenklatur ergab, dass in 79 Prozent der Provinzhauptstädte auch nach mehr als 25 Jahren in Sachen franquistischer Symbolik die Kontinuität vor dem Wandel stand.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit von all dem heute noch eine politisch infektiöse Wirkung ausgeht. Eine Tatsache ist aber, dass – mit Ausnahme von Katalonien und dem Baskenland – praktisch im ganzen Land der politische Wille zur Eliminierung derartiger Relikte bisher gefehlt hat. Weniger eindeutig als dieser Befund sind im Einzelfall die zugrunde liegenden Motive. Einzelne Ortschaften waren bekannt für konservative Mehrheiten im Stadtrat, für die der Erhalt franquistischer Symbole offenbar lange Zeit eine Herzensangelegenheit darstellte. Der statistische Vergleich

²⁴ Zu lokalen und regionalen Wiedergutmachungsinitiativen vgl. Angeles EGIDO LEÓN, *La historia y la gestión de la memoria. Apuntes para un balance*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 6 (2006) (<http://hispanianova.rediris.es>).

²⁵ Zur neueren Literatur vgl. die Sammelrezension von Walther L. BERNECKER, *Entre la historia y la memoria: Segunda República, Guerra Civil española y primer franquismo*, in: *Iberoamericana* 11 (2003), S. 227–238; DERS., *Represión y terror en el primer franquismo*, in: *Iberoamericana* 25 (2007), S. 217–228. Zum neueren Stand der Forschung über die Bürgerkriegsopfer vgl. Santos JULIÁ (Hg.), *Víctimas de la guerra civil*, Madrid 1999.

zeigt jedoch, dass auch Städte mit wechselnden oder stabil sozialistischen Mehrheiten nach nunmehr sieben Wahlperioden nicht notwendigerweise ein anderes Bild bieten.

Der lange Fortbestand franquistischer Herrschaftszeichen erscheint symptomatisch für die spanische Vergangenheitspolitik nach 1975. Allerdings hat die neue vergangenheitspolitische Sensibilität unterdessen auch diesen Bereich unbewältigter Zeitgeschichte in den Blick gerückt. Seither haben landesweit ganz unterschiedliche Initiativen die Forderung aufgegriffen und die Zerstörung franquistischer Symbole bisweilen sogar in die eigenen Hände genommen.

Während aber nach Jahrzehnten der Tatenlosigkeit wenigstens die Sozialisten endlich Handlungsbedarf erkannten, entschlossen sich die Konservativen im gereizten Klima ihrer zweiten Amtsperiode nun erst recht zu systematischer Blockadepolitik. Und so geriet auch die nach allen Maßstäben demokratischer Kultur längst überfällige Demontage der franquistischen Regimesymbolik zum Gegenstand neuer Streitereien und zu einem weiteren vergangenheitspolitischen Auftrag an die seit Frühjahr 2004 amtierende Regierung Rodríguez Zapatero.

Während vielerorts die Rede davon ist, dass all diese Initiativen der letzten Jahre endlich die »Diktatur des Schweigens« und die »kollektive Amnesie« beendet hätten, betont Santos Juliá, dass die Aktionen und gesellschaftlichen Debatten nicht ein Ende des »Schweigens« oder weit verbreiteter »Amnesie« bedeuteten, sondern »die Absicht [darstellten], die aus dem Dienst Entlassenen, die Eingekerkerten und die Erschossenen zu rehabilitieren«²⁶. Von »Schweigen« oder »Amnesie« könne man für die Phase der Transition nämlich nicht sprechen. Was in jenen entscheidenden Jahren zwischen 1975 und 1978 in Spanien geschah, umschreibt der Madrider Historiker folgendermaßen: »Die Vergangenheit zu amnestieren und sie im Allgemeinen nicht als Argument in der *politischen* Debatte zu verwenden, entfernt sie deshalb nicht aus dem *öffentlichen* Diskurs, aus der Arbeit der Historiker, ebenso wenig wie aus den Berichten der Journalisten oder aus den meinungsbildenden Zeitungsartikeln«²⁷.

²⁶ Santos JULIÁ, Presentación, in: DERS. (Hg.), *Memoria de la guerra y del franquismo*, Madrid 2006, S. 21. Vgl. den guten Überblick über die verschiedenen Phasen der (fehlenden) Vergangenheitspolitik in der Demokratie von Sergio GÁLVEZ BIESCA, *El proceso de la recuperación de la »memoria histórica« en España: Una aproximación a los movimientos sociales por la memoria*, in: *International Journal of Iberian Studies* 19/1 (2006), S. 25–51, der für die letzten Jahre im Einzelnen auf die Vereine »zur Wiedergewinnung der Geschichte«, auf die Historiographie (zur franquistischen Repression) und auf die interkulturellen Initiativen (Regierung, Autonomien) eingeht.

²⁷ Santos JULIÁ, *Memoria, historia y política de un pasado de guerra y dictadura*, in: DERS. (Hg.), *Memoria de la guerra y del franquismo*, Madrid 2006, S. 57 (Kursivsetzungen von S. Juliá).

Die Polemik um das Memoria-Gesetz

Das wiederholt angekündigte »Gesetz zur moralischen Rehabilitierung der Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur«, das umgangssprachlich nur »Gesetz der historischen Erinnerung« (*ley de memoria histórica*) genannt wird, wurde nach mehreren Verschiebungen und Verzögerungen im Sommer 2006 endlich vom Ministerrat verabschiedet. Der Gesetzesentwurf sah vor, dass das spanische Parlament mit einer Dreifünftelmehrheit ein fünfköpfiges Expertengremium einsetzen sollte, das ein Jahr lang über Anträge zu befinden gehabt hätte, als Opfer des Franco-Regimes anerkannt zu werden und finanzielle Wiedergutmachung zugesprochen zu bekommen. Die moralische Rehabilitierung sollte somit auf Einzelantrag entschieden werden. Bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament konnte dieses Gremium nur mit Zustimmung der konservativen Volkspartei ernannt werden; die Volkspartei gab Anfang 2007 allerdings zu verstehen, dass sie die Einsetzung eines derartigen Gremiums definitiv ablehnte. Damit aber hatte das »Herzstück« des Gesetzes keine Aussicht auf Realisierung. Der Gesetzesentwurf kam auch der Forderung vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht nach, die Urteile der franquistischen Militär- und Sondergerichte pauschal zu »Unrechtsurteilen« zu erklären; Ministerpräsident Zapatero erklärte, der spanischen Regierung sei es nicht möglich, die Urteile der Franco-Justiz *in toto* aufzuheben, da ein derartiger Akt einen »Bruch der Rechtsordnung« bedeuten würde. Diese Interpretation wurde von namhaften Juristen (bisher erfolglos) zurückgewiesen. Weiter sah das Gesetz vor, den Kreis der Pensions- und Entschädigungsberechtigten wegen franquistischer Urteile zu erweitern. Schließlich sollten von allen staatlichen Gebäuden jene Symbole entfernt werden, die einseitig eine der beiden Bürgerkriegsparteien glorifizierten.

Im Herbst 2006 begann die parlamentarische Debatte. Bald war abzusehen, dass der Gesetzesentwurf in der vorgelegten Form keine parlamentarische Mehrheit finden würde. Die Konservativen lehnten das gesamte Projekt ab, da es angeblich die Gräben der Vergangenheit wieder aufriss. Die links von den Sozialisten angesiedelten Parteien und die zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisierten den Entwurf, da er ihnen nicht weit genug ging. Es war keine Aufhebung der franquistischen Unrechtsurteile vorgesehen, die finanzielle Unterstützung der Exhumierungsarbeiten hielt sich in engen Grenzen. Das Gesetz bewegte sich im Wesentlichen im symbolischen Bereich. Da die Sozialisten im Parlament über keine Mehrheit verfügten, war mit substantziellen Veränderungen des Gesetzesentwurfs zu rechnen, bevor er schließlich die Zustimmung einer Mehrheit finden konnte.

Amnesty International verglich das Gesetzesprojekt mit einem »Schlusspunktgesetz« (wie das argentinische, das die Verfolgung zahlreicher Menschenrechtsverletzungen unmöglich machte) und kritisierte insbesondere,

dass die Namen der Denunzianten und Henker anonym bleiben sollten; stattdessen forderte die Menschenrechtsorganisation die Einrichtung einer Wahrheitskommission und die Eliminierung der Mechanismen, die Straflosigkeit der Verantwortlichen zur Folge hatten. Im Februar 2007 wurde auf regionaler Ebene – in Valencia – eine erste Wahrheitskommission eingerichtet, deren Aufgabe in der Untersuchung der franquistischen Repression zwischen 1939 und 1953 bestand²⁸.

Ende 2006 rückte der PSOE allmählich von seinem Gesetzesentwurf ab und kündigte eine gründliche Überarbeitung an, um doch noch eine parlamentarische Mehrheit für sein Vorhaben zu erhalten. Zu den polemischen Aspekten des Gesetzesprojektes hatte die Regierungsabsicht gehört, die Gerichtsurteile des Franquismus »aus Gründen der Rechtssicherheit« nicht zu annullieren. Trotz massiver Kritik seitens der Linken beharrte die Regierung auf ihrer Haltung, erklärte sich nunmehr aber bereit, die »Ungerechtigkeit« der Verurteilungen und Strafen anzuerkennen und die Sondertribunale als »illegitim« zu bezeichnen²⁹. Wirtschaftliche Entschädigungsfolgen sollte das Gesetz allerdings nicht haben.

Gewissermaßen als »Antwort« auf das Gesetzesprojekt kündigte die Katholische Kirche an, dass im Herbst 2007 weitere 498 »Märtyrer« des Spanischen Bürgerkriegs in Rom selig gesprochen werden sollten (*Conferencia episcopal española*, 2007). Damit erhöhte sich die Zahl der im 20. Jahrhundert selig gesprochenen Spanier auf rund 10 000.

Die gesellschaftliche und politische Debatte über die *ley de memoria histórica* zeitigte im Jahr 2006 einen bizarren Nebeneffekt. In den großen Tageszeitungen erschienen Hunderte von Todesanzeigen, in denen Freunde und Angehörige von während des Bürgerkrieges und danach Hingerichteten das Schicksal der Opfer in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts in drastischen Formulierungen schilderten. In den Todesanzeigen der republikanischen Seite war die Rede von den »mörderischen Handlungen der franquistischen Horden«, von den »Verfolgungen, Einkerkierungen und Erschießungen wegen Treue zur Republik«, von den »Opfern des franquistischen Terrorismus«; auch ein hoher General wie der Aufständische Gonzalo Queipo de Llano, der in Sevilla Hunderte von Erschießungen angeordnet hatte, wurde nun öffentlich »Mörder« genannt. Die Franquisten sprachen in ihren Todesanzeigen von den »Morden der roten Horden«, von dem »Martyrium in einer Tscheke«, von den »grausamen Hinrichtungen durch hemmungslose Marxisten«³⁰. Den Anfang dieses To-

²⁸ Valencia lanza una Comisión de la Verdad sobre el franquismo, in: *El País*, 10.2.2007, S. 25.

²⁹ Vgl. *El proyecto de Ley de Memoria Histórica divide al Congreso*, in: *El País*, 14.12.2006, S. 30f. Vgl. auch den Wortlaut des Gesetzesentwurfs in *El País*, 20.4.2007, S. 18.

³⁰ Vgl. *Esquelas de las dos Españas*, in: *El País*, 10.9.2006, S. 28f.

desanzeigen-Krieges hatten enttäuschte Republikaner gemacht, die mit der Aufarbeitung der Vergangenheit in den 30 Jahren seit dem Tod des Diktators unzufrieden waren und endlich ihrer Wut und Trauer öffentlich Ausdruck verleihen wollten; auf diese ersten Anzeigen reagierte die neofranquistische Seite, die merkte, dass sie in der öffentlichen Meinung einen Krieg verlor, den sie 1939 gewonnen zu haben glaubte. Fortan sollte es kein Tabu mehr bei der Schilderung der Grausamkeiten auf beiden Seiten geben.

Im Sommer 2007 sprach alles dafür, dass das Gesetz scheitern würde. Zwischen der Regierung und ihren parlamentarischen Verhandlungspartnern war es zu einer Kommunikationsblockade gekommen, da sie sich in zentralen Fragen – etwa dem Problem der Illegalität der franquistischen Standgerichtsurteile – nicht einigen konnten. Buchstäblich in letzter Minute kam dann doch noch ein Übereinkommen zustande, wobei vor allem die Regierung einige Konzessionen machen musste. Auf Antrag der katalanisch-nationalistischen Partei *Convergència i Unió* wurde auch die antiklerikale Gewalt im Bürgerkrieg auf Seiten der Republik verurteilt. Und die franquistischen Standgerichtsurteile wurden endgültig (und pauschal) als »illegitim« gebrandmarkt, was in konkreten Einzelfällen den Weg für Verfahrensrevisionen öffnete. Am 31. Oktober erhielt das Gesetz schließlich die erforderliche Mehrheit im Parlament; nur der konservative *Partido Popular* und die katalanischen Linksnationalisten von *Esquerra Republicana de Catalunya* lehnten das Projekt weiterhin entschieden ab. Im außerparlamentarischen Bereich kritisierten etliche Bürgerinitiativen und Menschenrechtsorganisationen auch fortan das Gesetz, da sie in ihm allenfalls eine graduelle Verbesserung der Situation der Opfer erkennen konnten.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind folgende: Der Franquismus wird explizit verurteilt. Die Gerichtshöfe, die während des Bürgerkrieges Urteile aus politischen, ideologischen oder religiösen Gründen fällten, werden als »illegitim« bezeichnet, ebenso die Gerichtsurteile während der Diktatur, die in diese Kategorie fallen. Die Normen, die im Franquismus unter Verletzung der Grundrechte verabschiedet wurden, sind juristisch ungültig. Unmittelbare juristische oder wirtschaftliche Folgen hat das Gesetz nicht, wenn auch die Illegitimität der Gerichtsurteile bei einer beantragten Revision oder Aufhebung derselben ein wichtiges Argument sein wird. Der Staat verpflichtet sich, bei der Öffnung der Massengräber von Hingerichteten und der Exhumierung von Leichen zu helfen. Außerdem müssen von allen öffentlichen Gebäuden die Symbole, die das franquistische System verherrlichen, entfernt werden; dies gilt auch für entsprechende Straßenbezeichnungen. Falls die Kirche sich weigert, die Inschriften der so genannten »Märtyrer für Gott und Spanien« zu entfernen, kann ihr die ihr ansonsten zustehende finanzielle Unterstützung seitens des Staates entzogen werden. Das Tal der Gefallenen, wo Francisco Franco und der Falangegründer José

Antonio Primo de Rivera ruhen, darf nicht mehr zu politischen Demonstrationen genutzt werden.

Ausblick

Im ersten Jahr der zweiten Regierungszeit von Rodríguez Zapatero bleibt in der Frage der offiziellen Erinnerungskultur ein ambivalenter Eindruck zurück. In den Jahren der ersten Legislaturperiode war in dieser Frage sehr wenig geschehen. Ab Sommer 2006 erlangte sodann die Gesetzesinitiative eine gewisse Dynamik, und zwischen Sommer und Herbst 2007 konnte das Projekt schließlich so weit vorangetrieben werden, dass das Gesetz im Parlament zur Verabschiedung kam, allerdings mit etlichen Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf. Trotz aller nach wie vor von zivilgesellschaftlichen Organisationen geübten Kritik muss jedoch betont werden, dass die *ley de memoria histórica* im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrzehnten geradezu einen Meilenstein im offiziellen Umgang mit der jüngeren Vergangenheit bedeutet:

Während der langen Franco-Diktatur war eine kritische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und terroristischer Nachkriegsphase nicht möglich gewesen. Am Anfang der neuen Demokratie stand dann ein Generalkonsens aller relevanten politischen Lager, demzufolge alle Seiten auf eine allzu explizite Verurteilung der jüngsten Vergangenheit verzichteten³¹. Als gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine neue, deutlich jüngere Generation von Spaniern der Erinnerungskultur neue Popularität verschaffte, wurde schnell deutlich, dass das Gedenken an Krieg und Diktatur keineswegs auf einem Erinnerungskonsens beruhte, der zu einem Ausgleich der politischen Lager führen würde, sondern – ganz im Gegenteil – zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung. Offenbar ist in Spanien eine kritische Aufarbeitung der Geschichte nur um den Preis verschärfter politischer Konfrontationen und einer Art Lagerbildung zu haben. Diese Erkenntnis bestätigt nachträglich die politische Klugheit des viel geschmähten »Schweigepaktes« der Transition, denn eine derart polarisierende gesellschaftliche Debatte, wie sie Spanien in den letzten Jahren geführt hat, hätte die erst im Entstehen begriffene Demokratie kaum verkraften können. Gute dreißig Jahre später sieht die Situation anders aus. Es ist ja weitgehend unstrittig, dass von Vergangenheitsarbeit überwiegend positive Impulse für die demokratische Konsolidierung eines Gemeinwesens zu erwarten sind, da sie Vertrauen in die Institutionen des Rechts-

³¹ Einen guten Überblick über die (fehlenden) Vergangenheitspolitiken seit der Transition bis heute liefert Javier RODRIGO, *La Guerra Civil: »Memoria«, »Olvido«, »Recuperación« e Instrumentalización*, in: *Hispania Nova. Revista de Historia Contemporánea* 6 (2006) (<http://hispanianova.rediris.es>).

staats schafft. So bleibt auch im spanischen Fall zu hoffen, dass der mühsam erarbeitete Gesetzeskompromiss nach den Verwerfungen der letzten Jahre die Grundlage für einen längerfristig offenen, vorurteilslosen Umgang mit der Geschichte gelegt hat.

Im Sommer 2008 kam es allerdings abermals zu einer erbitterten Polemik. Damals forderte der Ermittlungsrichter am Nationalen Gerichtshof Spaniens, Baltasar Garzón, von verschiedenen staatlichen, kommunalen und kirchlichen Institutionen eine Übersicht über deren Kenntnisse zu anonymen Massengräbern, in denen die während des Bürgerkrieges willkürlich Hingerichteten verscharrt worden waren. Historiker schätzten die Zahl dieser irgendwo am Wegesrand, im Wald oder in einem abgelegenen Feld Begrabenen auf 20 000 bis 40 000 Personen.

Außerdem gibt es noch eine andere Gruppe menschlicher Überreste: die der Republikaner, die von Franquisten erschossen worden waren und viele Jahre später auf Geheiß staatlicher Behörden wieder ausgegraben und häufig ohne Kenntnis oder gar Einwilligung der Angehörigen ins Mausoleum des »Tals der Gefallenen« verbracht worden waren. Das imposante Mausoleum war ursprünglich nur für »Helden und Märtyrer« der franquistischen Seite konzipiert worden. Nachdem sich aber viele nationalistische Familienangehörige dagegen ausgesprochen hatten, die sterblichen Überreste ihrer Verwandten ins »Tal der Gefallenen« transportieren zu lassen, musste Franco seine Meinung revidieren und auch Gebeine von Republikanern aufnehmen, um die großen Hohlräume überhaupt füllen zu können. Nachdem durch die Initiative des Richters Garzón Bewegung in diese Angelegenheit gekommen war, stellten im Laufe des Sommers 2008 immer mehr Personen den Antrag, die Reste ihrer Familienangehörigen aus dem franquistischen Mausoleum entfernen und in einem Familiengrab beerdigen zu dürfen. Der Gedanke war für sie unerträglich, dass ihre Verwandten in unmittelbarer Nähe zu ihrem Henker liegen mussten.

Die Initiative Garzóns hatte einen schweren Konflikt im Justizwesen zur Folge. Die Staatsanwaltschaft beim Nationalen Gerichtshof vertrat nämlich die Meinung, die Garzón gemeldeten Todesfälle seien Folge »gemeiner Verbrechen« gewesen, über die der Gerichtshof keinerlei Zuständigkeit habe; zuständig seien örtliche Behörden und Gerichte. Daher empfehle er die Archivierung des Falles. Die politische Rechte wiederum, insbesondere der Partido Popular, wandte sich entschieden gegen die richterliche Initiative, da sie »gesellschaftliche Gräben« aufreiße. Andere Richter zogen die Zuständigkeit Garzóns in Frage und sprachen sie ausschließlich der Exekutive zu. Viele meinten, der Richter verhalte sich nicht wie ein Untersuchungsrichter in einer Strafsache, sondern wie der Verfechter einer Wahrheitskommission. Garzón argumentierte, es habe sich um Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehandelt, für die der Nationale Gerichtshof durchaus zuständig sei; indem er das Verfahren an sich ziehe, wolle er den Staat zum Handeln

zwingen. (Dieser hatte im »Gesetz über die Historische Erinnerung« von Ende 2007 das Auffinden und Exhumieren der Leichen nicht dem Staat übertragen, sondern den zivilgesellschaftlichen Organisationen.)

Seit vor über acht Jahren Emilio Silva mit der Suche nach den Überresten seines Großvaters begann, sind bis heute (Dezember 2008) über 4000 Skelette aus rund 170 Massengräbern ausgegraben und an anderer Stelle wieder begraben worden. Die Aktionen werden fortgeführt; allerdings wurde im Spätherbst 2008 Richter Garzón vom Strafsenat des Nationalen Gerichtshofs endgültig die Zuständigkeit für eine mögliche strafrechtliche Verfolgung des Franco-Regimes und für die justizielle Überwachung der Exhumierungen entzogen. Die vergangenheitspolitische Polemik war damit aber nicht zu Ende, sie ging nur in eine neue Runde über.